

Die Nation als politischer Faktor

Hartmann, Ludo Moritz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hartmann, L. M. (1969). Die Nation als politischer Faktor. In *Verhandlungen des 2. Deutschen Soziologentages vom 20. bis 22. Oktober 1912 in Berlin: Reden und Vorträge* (S. 80-97). Frankfurt am Main: Sauer u. Auvermann. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-187965>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

III. Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 22. Oktober 1912.

1. Referat von Dr. Ludo Moritz Hartmann (Wien).

über:

Die Nation als politischer Faktor.

Politik ist die Kunst, gesellschaftliche Tendenzen in rechtliche Formen umzusetzen. Wenn daher die Nation als politischer Faktor darzustellen ist, so ist die Frage gestellt, in welcher Form und unter welchen Verhältnissen nationale Strebungen eine greifbare rechtliche Organisationsform gewinnen können. Ueber den Begriff der Nation ist viel geschrieben und gesprochen worden. Mir scheint etwa die folgende Definition brauchbar zu sein: »Nation ist die Gesamtheit der durch gemeinsames Schicksal und gemeinsamen Verkehr, dessen Vermittlerin die gemeinsame Sprache ist, zu einer Kulturgemeinschaft verbundenen Menschen.« Sie lehnt sich an eine Definition von O. Bauer an, dem überhaupt das Verdienst zukommt, die Nation als historische Erscheinung erfaßt und erklärt zu haben. Zweifellos ist die Sprache das notwendige Mittel für eine so enge Verkehrsgemeinschaft, daß sie als Kulturgemeinschaft betrachtet werden kann. Damit ist gesagt, daß die Entwicklung der Nationen hineingestellt werden muß in die Entwicklung der menschlichen Assoziations- oder Organisationsformen überhaupt oder in den Prozeß der fortschreitenden Vergesellschaftung, in welchem die Menschheit ihre allmählich fortschreitende Anpassung an die Natur vollzieht.

Es ist bekannt, daß die Nation im Altertum und Mittelalter nicht oder nur in geringem Maße staaten- und rechtsbildend, kurz politisch gewirkt hat und daß das, was wir nationale Bewe-

gung nennen, erst ein Kind der französischen Revolution und des 19. Jahrhunderts ist. Warum sie nicht älter sein konnte, hat O. Bauer vorzüglich dargelegt. Die Verkehrsgemeinschaft war in alten Zeiten sehr wenig extensiv und sehr wenig intensiv. Die Zeit, in der etwa die Grundherrschaft eine wirtschaftlich mehr oder weniger abgeschlossene Einheit bildete, in der die Hintersassen in keiner größeren Verkehrsgemeinschaft standen, war nicht geeignet für die Ausbildung einer gemeinsamen Kultur und Sprache. Erst allmählich und spät hat sich in Deutschland und anderwärts aus und über den unzähligen Dialekten eine *κοινή* entwickelt, die auch in erster Linie Schriftsprache war. Die oberen Stände konnten wohl über engere Verkehrsbeziehungen und größere Bildung verfügen, so daß man von einer gemeinsamen Kultur des Ritterstandes sprechen kann, die sich aber auf die niederen Stände nicht erstreckte. Einen weiteren Schritt bedeutet die aus der Verdichtung der Wirtschaft entstandene Kultur des Bürgertums und des Kapitalismus, für welche die gemeinsame Sprache ein immer wichtigeres Mittel für die steigende Extensivität und Intensivität des Verkehrs und der Assoziation überhaupt wird. Zunächst wird so die Bourgeoisie zur Trägerin der nationalen Bewegung, während der 4. Stand, die »Hintersassen der Nation«, wie Bauer bezeichnend sagt, noch außerhalb der Kultur und außerhalb der Nation stehen. Die Industrialisierung und Demokratisierung bezieht auch immer mehr die bisher ausgeschlossenen Schichten in die Kultur und in die Nation ein, und so wird die nationale Frage zur Frage der modernen Demokratie. — Ganz entsprechend vollzieht sich der Prozeß bei den »geschichtslosen« Nationen. Ihr nationales Erwachen fällt mit dem Eintreten in die moderne Wirtschaft, die moderne Kultur, mit der modernen Freiheitsbewegung zusammen. Die Revolution des Jahres 1848 war für die slavischen Nationen in Oesterreich zugleich und vor allem — soweit es sich um die bürgerliche und nicht um die bäuerliche Bewegung handelte — eine nationale Erhebung ¹⁾.

Mancini hat daher in einer berühmten Rede sagen können, die Nation sei nichts anderes, als la esplicazione collettiva della libertà e però è santa e divina cosa quanto la stessa libertà ²⁾. Auf

¹⁾ Vgl. O. Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Marx-Studien II. 1907).

²⁾ Zitiert nach Fr. J. Neumann, Volk und Nation (1888) S. 53.

einer bestimmten Stufe seiner kulturellen Entwicklung drängt jedes sprachlich geeinigte Volk zur einheitlichen Organisation und betrachtet jede Einschränkung dieser Organisation daher als eine Einschränkung seiner Freiheit. Wenn ein Volk zur Sprach- und Verkehrseinheit geworden ist, verlangt es als natürliche Ergänzung die Rechtseinheit des Staates ¹⁾. Es ist ein Streit um Worte, ob man die *Coscienza della nazionalità*, wie Mancini, die *Conscience morale*, wie sich Renan ausdrückt, das nationale Bewußtsein, als Kriterium der Nation betrachten will oder nicht. Sie ist eben das psychische Phänomen, das der Umsetzung des kulturellen Zustandes in einen staatlichen entspricht, kurz der nationalen Politik. Andererseits ist es eine Verkehrtheit, wenn man die Begriffe »Kulturnation« und »Staatsnation« gleichsam gleichberechtigt nebeneinander setzt, während sie doch nur verschiedene Entwicklungsstadien desselben Organismus sind, diese nur ein »Stadium des Auswuchses« ²⁾ von jener. Jene Anschauung würde zu völliger Unklarheit führen und das Wort »Nation« würde dadurch jeden Inhalt verlieren, denselben Sinn bekommen, wie etwa »Volk«. Denn »Preußischer nationaler Staat«, wie Meinecke z. B. sagt; »Schweizer Nation«, wie der Sprachgebrauch der Schweizer Gesetze ist; und »Französische Nation« haben nichts gemeinsam als die einheitliche staatliche Organisation. Wenn man aber die Grundlage jeder staatlichen Organisation »Nation« nennt, so kann man die Einwirkung der Nation auf den Staat, die Frage nach der nationalen Politik überhaupt nicht stellen. Man sollte da weniger den Sprachgebrauch der westlichen Länder berücksichtigen, in denen Staat und Nation schon mehr oder weniger zusammenfallen, so daß das Bewußtsein ihres Unterschiedes im Verschwinden begriffen ist, und mehr den Sprachgebrauch z. B. von uns Oesterreichern annehmen, denen der Unterschied täglich vor Augen geführt wird.

»Daß die nationale Form in unserer gegenwärtigen Kulturperiode die höchste Stufe der politischen Entwicklung darstelle, daß sie dem historischen Gesetze, insoweit es bis jetzt mit Sicher-

¹⁾ Man darf die Trennung von Nordamerika und England, von Spanien und Südamerika nicht als Widerspruch zu dieser Tendenz anführen, weil, da infolge der historischen Entwicklung die Nation in zwei voneinander völlig getrennte Territorien zerfiel, infolgedessen die Grundlage der Kulturgemeinschaft, die Verkehrsgemeinschaft, weggefallen ist.

²⁾ Kirchhoff, Zur Verständigung über die Begriffe Nation und Nationalstaat (1905) S. 54.

heit sich erkennen läßt, am besten entspreche«¹⁾ wird zwar in der Regel anerkannt. Nichtsdestoweniger wird dieser Standpunkt in der Regel nicht konsequent festgehalten, weil die meisten politischen Schriftsteller nur den gegenwärtigen Stand im Auge halten und ihn nicht nur zu erklären, sondern auch zu verteidigen und gleichsam als den allein naturgesetzlichen für alle Zeiten darzustellen suchen. Die Wissenschaft setzt sich da selbst Grenzpfähle. Doch ist es nicht Aufgabe der Soziologie, die gegebenen Verhältnisse, sei es die sozialen, sei es die politischen, zu rechtfertigen, wenn es auch ihre oder der Historie Pflicht ist, sie zu erklären. Noch weniger ist es ihr erlaubt, vom Standpunkte eines bestimmten Staates auszugehen, da sie ja Allgemeingültigkeit beansprucht. Sie muß, die Gesamtentwicklung verfolgend, zwischen modernen, schon angepaßten Organisationen und Rudimenten älterer Formen zu unterscheiden verstehen. Dies hat Meinecke vernachlässigt, der schlankweg erklärt, »an dem Maßstabe zu messen, den die Geschichte selbst geliefert hat, dem Werke Bismarcks«²⁾ und sich gar nicht die Frage vorlegt, ob dieses Werk in nationaler Beziehung noch einer Entwicklung fähig ist. Dies vernachlässigen diejenigen österreichischen Schriftsteller, denen nur daran zu liegen scheint, nicht nur die zeitliche, sondern die dauernde und endgültige Lösung des Staatsproblem — Nationalitätenstaat — in Oesterreich nachzuweisen (Kremer, Renner, auch Bernatzik). Geblendet durch die Gegenwart, sind sie blind für die Entwicklung. Nicht das *πάντα ῥεῖ* gilt ihnen, sondern »das Seiende ist vernünftig« — in viel weitergehendem Sinne, als der Autor dieses Ausspruches es meinte. Was ihnen als historischer Denkprozeß erscheint, ist in Wirklichkeit in Widerspruch zu aller Historie, weil sie unbewußt die Entwicklung leugnen und das bewegliche Element in der Geschichte vernachlässigen.

Denn der gleiche Prozeß, der sich, wie wir gesehen haben, innerhalb des einzelnen Volkes abgespielt hat, wenn wir die vorgeschrittenen Nationen historisch ins Auge fassen, die Umsetzung der nationalen Tendenz in staatliche Einheit unter dem notwendigen Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung und der Funktion der Sprache innerhalb dieser Entwicklung — der gleiche Prozeß in seinen verschiedenen Stadien ist bei einem geographi-

¹⁾ A. v. Kremer, Die Nationalitätsidee und der Staat (1885) S. 90.

²⁾ Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat (1908) S. 446.

schen Ueberblicke zu erkennen. Während im Westen Europas die nationale Entwicklung vollendet ist, existieren noch im Oriente die primitiveren Formen. Dynastien, Religionen etc. wirken noch staatsbildend und staatshemmend, während der nationale Faktor gerade noch nicht in diesen wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern vollständig zum Durchbruche gekommen ist. Der mittelalterliche türkische Eroberungsstaat kämpft um seine Existenz gegen die entstehenden Nationalstaaten, welche unter den Einfluß der modernen Wirtschaft geraten sind. Innerhalb des albanischen Stammes trennt noch der religiöse Gegensatz die nationale Einheit; Kroaten und Serben, national identisch, durch die Religion durch Jahrhunderte geschieden, beginnen sich in gemeinsamem politischem Streben zusammenzufinden. Zwischen dem Oriente und dem Westen steht das Gebilde der österreichisch-ungarischen Monarchie, selbst in staatsrechtlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung ein Mischprodukt zwischen der westlichen Kultur und dem Oriente. Man könnte metaphorisch sagen, daß auch für die nationale Entwicklung das biogenetische Grundgesetz seine Geltung erweist. Historisch oder geographisch betrachtet, erscheint der nationale Staat als die vorläufig höchste Stufe der Entwicklung, der gegenüber alle anderen staatsbildenden Faktoren — Eroberung, Religion etc. — als Rudimente erscheinen.

»In seiner absoluten Fassung heißt das Nationalitätenprinzip: Jede Nation ist berufen und daher berechtigt, einen Staat zu bilden. Die Nation ist die natürliche und kulturmäßige Anlage zu dem politischen Volk.... Jede Nation Ein Staat. Jeder Staat ein nationales Wesen« (Bluntschli ¹⁾). Es ist selbstverständlich, daß dieses Prinzip nur eine historische Tendenz darstellt, wie alle soziologischen Prinzipien, daß es, um sich eines Machschen Ausdruckes zu bedienen, nicht »ausnahmslos exakt« wirkt. D. h. es ist tatsächlich nicht im Laufe der Geschichte jede Nation zum Staate geworden. Es sind im Kampfe ums Dasein viele Nationen untergegangen, bevor sie staatliche Einheit erreicht haben, und es werden offenbar noch viele zugrunde gehen. Allein diejenigen, welche infolge einer günstigen Verkettung von Umständen die ihnen gemäß nationalstaatliche

¹⁾ Bluntschli, Die nationale Staatsbildung und der moderne Deutsche Staat (1870) S. 22 f.

Organisationsform erkämpfen konnten, haben die größte Aussicht gehabt, sich zu behaupten, weil sie eben die »passendste« ist. Man kann also mit Recht behaupten, daß die zivilisierte Welt, solange ihre Gemeinschaften auf die Sprache angewiesen sind und solange die Trennung im Raume nicht technisch vollständig überwunden sein wird, ihre Organisation in Nationalstaaten zum Ausdrucke bringen wird.

Gerade aus diesen Ursachen erwächst aber die Frage nach dem gegenseitigen Verhältnis der Nationen und der Nationalstaaten zueinander. Aus ihrer wirklichen oder scheinbaren Konkurrenz sind die Probleme entstanden, welche z. B. bei uns in Oesterreich nahezu den ganzen Inhalt der inneren Politik zu bilden scheinen. Es handelt sich insbesondere um die Frage der Sprachgrenze und die Frage der Assimilation.

Der Streit um die Sprachgrenze ist vielleicht der deutlichste Beweis dafür, mit wie viel Geschrei und wie wenig Verstand mitunter Politik und insbesondere sogenannte nationale Politik gemacht wird. Ein Geograph, E. Hanslik, hat sich der Mühe unterzogen, die deutsch-slavische Sprachgrenze und die Kulturgrenzen überhaupt zu untersuchen und kommt zu folgendem Resultate ¹⁾: »Wir sehen daraus für die europäische Kultur, daß es sich in der Sprachgrenze zwischen Deutschen und Slaven nicht um eine zufällige Linie handelt, die bloß auf historische Prozesse zurückgeht, sondern daß es sich hier um eine durch die Natur vorgezeichnete Linie handelt. Alle die großen Kämpfe, welche je um die Sprachgrenze geführt wurden, ob sie nun große Kriege politischer Art oder wirtschaftliche Kämpfe waren, die große Kolonisation im 13. Jahrhundert vor allem, erscheint als ein Naturvorgang, als ein Herausarbeiten der Naturgrenzen Europas in der Geschichte, als ein Erheben der natürlichen Grenzen zu Kulturgrenzen.« In der Tat konnte Hanslik nachweisen, daß die deutsch-slavische Sprachgrenze sich deckt mit der Grenze der geologischen und horizontalen Strukturen zwischen West- und Osteuropa, mit der Klimagrenze und der Grenze zwischen der baltischen und pontischen Flora. Diese letztere Bemerkung beruht auf einer Beobachtung Wettsteins, der versichert, daß er bei einer Reise durch Böhmen aus der Art der vorhandenen Gewächse, aus der Tatsache, ob

¹⁾ E. Hanslik, Kulturgeographie der deutsch-slavischen Sprachgrenze, in Viertelj. f. Sozial- u. Wirtsch.-Gesch. VIII (1910) S. 117.

eine Pflanzenart der pontischen oder eine vikariierende der baltischen vorkomme, zugleich ersehen könne, ob er sich in einer czechischen oder deutschen Gegend Böhmens befinde. Die Pflanzenkarte Böhmens deckt sich bis in ihre Einzelheiten mit der Nationalitätenkarte. — Wir haben es also offenbar wieder mit einer Anpassungserscheinung zu tun. Von den unzähligen möglichen Sprachgrenzen stellen sich diejenigen als die dauernden heraus, welche aus irgend einem natürlichen Grunde die passendsten sind. In den zahlreichen Völkerverschiebungen vor der Stabilisierung kann zwar die natürliche Grenze überschwemmt und durchbrochen werden; sie kann infolge gewollter oder ungewollter Verschiebungen hin- und herpendeln, kehrt aber immer wieder zum Ruhepunkte, zur Gleichgewichtslinie zurück. Nur so ist es auch zu erklären, daß trotz der Stöße und Gegenstöße, trotz der deutschen Eroberungstendenzen in früherer und der czechischen in heutiger Zeit, wie insbesondere die statistischen Untersuchungen von Rauchberg ergeben haben ¹⁾, die deutsch-czechische Sprachgrenze in Böhmen sich gar nicht oder nur stellenweise unmerklich verschoben hat. Das gleiche gilt für eine noch weit längere Zeit, etwa für 13 Jahrhunderte, für die deutsch-italienische Sprachgrenze in Südtirol, welche identisch ist mit der Grenze des byzantinischen Reiches gegen Norden und mit der langobardisch-bayrischen.

Die deutsch-französische Sprachgrenze in der Schweiz ist von Morf ²⁾ in ihrer Entwicklung genau untersucht worden. Sie hat an einigen Orten Schwankungen von einigen Kilometern aufzuweisen. Allein im ganzen ist sie noch die gleiche, wie einst die Grenze zwischen dem deutschen und dem burgundischen Reiche. Man könnte diese Beispiele noch häufen. Beim Zurückverfolgen der Sprachgrenzen wird man ihren Ursprung immer in dem Momente nachweisen können, in welchem große Völkerverschiebungen, die zur dauernden Ansiedelung führten, sich ereignet haben, oder Kolonisationen, soweit sie innerhalb der natürlichen Grenzen durchgeführt worden sind. Die eine Voraussetzung ist eben die natürliche Grenze und die andere die Bildung einer Verkehrsgemeinschaft, durch welche allein es möglich ist, die gemeinsame Sprache zu erhalten. In Osteuropa wird man immer wieder auf die Zeit der großen deutschen Kolonisation,

¹⁾ Rauchberg, Der nationale Besitzstand in Böhmen (1905).

²⁾ Morf, Deutsche und Romanen in der Schweiz (Zürich 1901).

dagegen in der westlichen Hemisphäre auf die Raumerfüllung durch die weiße Rasse zurückgeführt. In heutigen Kolonialgebieten sind Sprachverschiebungen noch möglich und zu erwarten, wo Kolonisation möglich und die Raumerfüllung bis zur natürlichen Grenze noch nicht durchgeführt ist, während die eingeborenen rückständigen Stämme noch nicht bis zu einer größeren Kultur-, Verkehrs- und Nationalgemeinschaft vorge-schritten sind. Anders in Europa, wo die Raumerfüllung schon durchgeführt, die natürliche Grenze erreicht ist und Nation an Nation stößt. Hier, wo national leere Räume nicht mehr vorhanden sind, müssen alle sprachlichen Expansionsbestrebungen eitel sein. Die nationale Politik kann sich also wirksam nur im Innern des Staates oder, wo die staatliche Einigung noch nicht vollbracht ist, in der Hinwirkung auf staatliche Einigung äußern.

Im Innern bewegt sich die nationale Politik um die nationalen Minoritäten; im sonst national einigen Staate hat diese Frage geringere Bedeutung. Anders in einem Nationalitätenstaate wie Oesterreich, wo jede einzelne territorial geschlossene Nationalität sich als den natürlichen Bundesgenossen der konationalen Minoritäten im fremden Sprachgebiete zu betrachten geneigt ist. Wer Oesterreich kennt, der weiß, daß hier die nationale Politik sehr wesentlich von der Frage der nationalen Minoritäten bestimmt ist. Auch in diesem Punkte ist, wie man wohl behaupten kann, die praktische Politik viel mehr gefühlsmäßig als verstandesmäßig orientiert. Die Deutschen trachten durch alle möglichen politischen Maßregeln ihren Besitzstand im czechischen geschlossenen Sprachgebiete zu behaupten, die Czechen den ihren im deutschen Sprachgebiete zu vergrößern. Die Nationalisten beider Lager sind entweder prinzipiell, oder wenigstens wo es sich um ihre eigene Nationalität handelt, Gegner der nationalen Assimilation und setzen sich dadurch abermals in Kampfposition gegen die historische Entwicklung. Es ist ihnen nicht gegenwärtig, daß der Prozeß der Bildung der Nationen ohne immer sich erneuernde Assimilation überhaupt nicht verständlich wäre, ja daß, wie man wohl sagen kann, die Geschichte Europas ein großer Assimilationsprozeß ist. Es ist eigentlich ein Gemeinplatz, wenn O. Bauer schreibt: »Alle Umstände, die den Verkehr zwischen der Minderheit und der Mehrheit verdichten, fördern die Assimilation; Umstände, die den Verkehr zwischen ihnen

hindern, erschweren die Assimilation«¹⁾. Daraus folgt eigentlich von selbst die mit der wirtschaftlichen Entwicklung steigende Tendenz zur Aufsaugung der Minoritäten. In verkehrsarmen Ländern, wie im Oriente, konnten sich Minoritäten und allerhand Völkerspitter auf demselben Territorium neben- und durcheinander gewürfelt lange erhalten. In Nordamerika vollzieht sich trotz des außerordentlich starken fremden Zuzuges die Assimilation mit unheimlicher Schnelligkeit, sei es noch in derselben oder in der zweiten Generation. Rauchbergs²⁾ Statistik ergibt, daß nicht nur in Wien Hunderttausende, die aus czechischen Gegenden eingewandert sind, assimiliert wurden, sondern daß auch die czechischen Minoritäten in Deutsch-Böhmen trotz des beständigen Zuzuges relativ außerordentlich stark zurückgehen. Zum Teile anders steht es mit den deutschen Minoritäten im czechischen Sprachgebiete. Rauchberg³⁾ sagt darüber: »Die kleinen und kleinsten scheinen, soweit sie nicht durch Nachschübe verstärkt wurden, in Auflösung begriffen. Die größeren haben sich mit . . . Ausnahmen leidlich behauptet und unsere Ziffern bestätigen, daß sie auch den weiteren Zuzug, wenigstens der Hauptsache nach, vor Vertschechung bewahrt haben.« Eine eigene Stellung scheinen insbesondere diejenigen deutschen Sprachinseln insbesondere in Mähren einzunehmen, die auf deutsche Städtegründungen zurückzuführen sind. Sie halten sich am längsten scheinbar intakt. Indes hat sich ihre Stellung doch wesentlich verändert. Die sprachliche Abgeschlossenheit dieser Städte beruhte im wesentlichen darauf, daß sie in der Zeit ihrer Gründung und Jahrhunderte hernach ziemlich abgeschlossene Verkehrsgemeinschaften waren. Heute stehen die Dinge anders, der Verkehr ist dichter, der Zustrom der industriellen Arbeiter aus dem czechischen Landgebiete, der im geschlossenen Sprachgebiete aufgesaugt wird, lagert sich hier in Vorstädten und Vororten, die mit dem czechischen Lande zusammenhängen, geschlossen um die Stadt und dringt von da in die alten Stadtgrenzen ein, so daß schon heute die einzelnen Städte, wenn man das gesamte städtische Wirtschaftsgebiet in Betracht zieht, nicht mehr als deutsche betrachtet werden können. Auch hier vollzieht sich, wenn auch

¹⁾ O. Bauer im »Kampf«, Jahrg. V S. 259 (März 1912). Vgl. zu dem Folgenden die Polemik über die nationale Frage im »Kampf«, Jahrg. III—V.

²⁾ Rauchberg, Der nationale Besitzstand in Böhmen (1905), I. Bd.

³⁾ A. a. O. S. 299.

infolge des Zusammenhanges der alten Verkehrsgemeinschaft unter größeren Widerständen, unaufhaltsam die Assimilierung und Vereinheitlichung des Sprachgebietes.

Man hat wohl, als die Erscheinung der industriellen Wanderungen noch eine neue Erscheinung war, vermutet, daß sie zur Entnationalisierung oder doch zur Zersprengung der einheitlichen Sprachgebiete führen, also eine Gegenwirkung zu der allgemein in vorgeschrittenen Staaten beobachteten Tendenz zu nationalem Zusammenschluß bilden würde. In der Tat hat sich herausgestellt, daß diese neue, industrielle Völkerwanderung, wenn man sie ablaufen läßt, gerade infolge der Verdichtung des Verkehrs zur Assimilation führt. Gerade die Verdichtung des Verkehrs führt aber notwendig mit der Zeit auch zum Stillstande der Bewegung. In Böhmen war das Abströmen der czechischen ländlichen Bevölkerung in die höher entwickelten deutschen Industriebezirke die Folge des Umstandes, daß die czechische meist landwirtschaftliche Bevölkerung den höheren Löhnen nachging, während der deutsche Fabrikant (der meist deutsch-radikaler Wähler ist) czechische Lohndrucker den deutschen Arbeitern vorzog. Zeitweise kann der Zuzug auch in der Tat den Lohn gedrückt haben. In weiterer Folge aber vollzieht sich auch eine wirtschaftliche Assimilierung der gewerkschaftlich geschulten czechischen Arbeiter und andererseits ein immer stärkeres Uebergreifen der Industrialisierung auf das czechische Gebiet, so daß mit der Ausgleichung des standard of life allmählich die Ursachen der inneren Wandlungen wegfallen. Das gleiche gilt dann auch von den populationistischen Ursachen der inneren Wanderungen; denn auch der Geburtenüberschuß, die relativ größere Vermehrung der czechischen Bevölkerung hört allmählich auf, teils infolge der eigenen höheren Lebenshaltung gegenüber den früheren wirtschaftlichen Verhältnissen, teils auch infolge der Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters, der Verminderung der Kindersterblichkeit auf deutscher Seite.

Durch diese Feststellungen scheinen mir die äußeren Naturgrenzen und Aufgaben jeder nationalen Politik deutlich genug gezogen zu sein. Die Gesetzgebung kann nur die Aufgabe haben, diese Naturgrenzen zu respektieren, überall dort, wo der Staat ein Wort mitzusprechen hat, und insbesondere im Sinne der nachgewiesenen Tendenzen die Assimilation zu fördern, statt, wie es leider häufig geschieht, ihr in den Weg zu treten. Das

kann natürlich nicht durch Gewaltmaßregeln geschehen, sondern nur durch eine nationale Kulturpolitik, die ja allerdings im Eifer des nationalen Kampfes nur allzu häufig vernachlässigt wird, im Eifer jener vom historischen Standpunkte aus unökonomischen und fruchtlosen Eroberungstendenzen, welche über der Form den Inhalt der nationalen Gemeinschaft vergessen, welcher eben Kultur ist. Man darf nicht vergessen, daß in jedem Lande, insbesondere aber in Oesterreich, dem klassischen Lande des nationalen Kampfes, noch Millionen — um mit Bauer zu sprechen — Hintersassen der Nation, Analphabeten und schwer belastete Kulis, die niemals die Namen Goethe und Kant gehört haben, existieren. Wirkliche Kulturpolitik ist immer zugleich nationale Politik, nicht nur weil die Kultur nur durch die nationale Sprache vermittelt werden kann, sondern weil sie das nationale Gefühl erweckt oder ihm wenigstens einen reicheren Inhalt gibt und dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Zusammenhänge zwischen den Mitgliedern derselben Nation stärkt. Die innere Kolonisation durch Schule und Volksbildung ist daher eine mindestens ebenso wichtige nationale Aufgabe, wie die äußere Kolonisation. Hainisch¹⁾ sagt darum mit Recht: »Mit jedem Schritte, den wir zur Erziehung und sittlichen Hebung unseres Volkes tun, leisten wir nationale Arbeit im besten Sinne des Wortes.« Ebenso wird auch nationale Arbeit im besten und wirksamsten Sinne geleistet durch jede Hebung des standard of life, durch die gewerkschaftlichen Kämpfe und durch eine energische Sozialpolitik, welche die Lebensenergie der Nationsgenossen erhöht. Ebenso wie die Auswanderung eine Folge übler sozialer Verhältnisse ist, bedeutet eine Besserung der sozialen Verhältnisse zugleich eine Herabminderung der Kindersterblichkeit, eine Erhöhung der durchschnittlichen Altersgrenze, Umstände, die auch in Oesterreich für die Stellung der Nationen von entscheidender Bedeutung gewesen sind²⁾. Eine energische Sozialpolitik innerhalb der Nation erhöht aber nicht nur die Volkszahl, sondern auch die Fähigkeit, fremde Minoritäten zu assimilieren. Sogenannte nationale Politiker, die Gegner weitgehender Sozialpolitik sind, wissen nicht, was sie tun, oder müssen, wenn sie es wissen, aus den Reihen der ehrlichen Politiker gestrichen werden.

¹⁾ M. Hainisch, Einige neue Zahlen zur Statistik der Deutschösterreicher (1909) S. 47.

²⁾ Vgl. Hainisch a. a. O. S. 38 ff. Vgl. auch Rauchberg a. a. O. S. 335.

Als Reaktion gegen die falsch verstandene nationale Politik sind ihr auch von anderer Seite, von seiten des Internationalismus, Gegner erstanden, die sich von ihrem Standpunkte aus wohl gegen den Mißbrauch, nicht aber gegen die nationale Politik als solche hätten wenden sollen. Hat doch z. B. der deutsche Sozialdemokrat Pernerstorfer mit Recht bemerkt, daß »International« die Nationen ebenso voraussetze, wie »Interkonfessionell« die Konfession, und daß ein großer Unterschied bestehe zwischen »international« und »anational«. Man konnte bis vor kurzem in der Praxis geradezu von einem vulgär-sozialistischen Vorurteil sprechen, daß der Klassenkampf die Nation überwinde oder ausschließe — obwohl schon im kommunistischen Manifest zu lesen ist: »obgleich nicht dem Inhalt, doch der Form nach ist der Kampf des Proletariates gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler« — und auch Kautsky schon vor langer Zeit für die nationale Abgrenzung der Territorien in Oesterreich eingetreten ist. Man kann geradezu sagen, daß die notwendige organisatorische Ergänzung der Klassenorganisation die nationale ist, die sich zu jener verhält wie die horizontale Gliederung zur vertikalen. Zu Beginn der Arbeiterbewegung in Oesterreich war es geradezu Mode zu behaupten, die nationale Frage sei nichts als ein Problem der Versorgung der Bourgeois-Söhne in den Aemtern und eine Konkurrenzfrage der deutschen und der czechischen Bourgeoisie. Dann hat aber die Sozialdemokratie die nationale Autonomie, die allerdings verschieden verstanden werden kann ¹⁾, ausdrücklich in ihr Programm aufgenommen, und die ernstesten theoretischen Schriften über die Nationalitätenfrage sind von österreichischen Sozialdemokraten geschrieben. Denn die Sozialdemokratie hat am meisten unter der unglücklichen nationalen Zusammensetzung des Staates zu leiden und unter den Konflikten, die sich daraus ergeben, daß Staat und Nation sich nicht decken. Im eigenen Interesse mußte sie nach einer Lösung suchen. Zunächst war die deutsche Sozialdemokratie geneigt,

¹⁾ Renner trat bekanntlich in seinen verschiedenen Schriften für das Personalitätsprinzip ein. Ich möchte in dieser Auffassung den Ausdruck eines früheren Entwicklungsstadiums erblicken. Es ist bezeichnend, daß in dem am 16. Okt. d. J. veröffentlichten Manifeste der sozialistischen Parteien der Balkanvölker wohl schon das »Recht der Nationalitäten auf ein autonomes Leben« als Konsequenz der Gesinnung der Internationale verlangt, aber diese Autonomie, den ungeklärten Verhältnissen des Orientes entsprechend, offenbar noch personal gedacht ist.

den czechischen Ansprüchen weit entgegenzukommen, weil un-leugbar die czechischen Minoritäten, die im nationalen Kampf stehen, proletarisch, dagegen die deutschen Minoritäten großenteils Bourgeois sind; und weil unzweifelhaft z. B. in Nordböhmen der deutschradikale Fabrikant der Gegner der deutschen wie der czechischen Arbeiter ist. Immerhin sah sich die österreichische Sozialdemokratie schon vor 15 Jahren bewogen, sich politisch in nationale Fraktionen zu sondern, die allerdings durch den gemeinsamen Verband zusammengehalten wurden. Heute ist infolge der Ereignisse der letzten Jahre auch dieser Verband gesprengt, nicht weil die Deutschen ihre internationale Gesinnung aufgegeben hätten, sondern weil auch die czechischen Sozialdemokraten in Anlehnung an die czechische Bourgeoisie nationalistische Forderungen aufstellten. Es kam zum Bruche, als die Czechen die gemeinsamen Gewerkschaften sprengten, die bis dahin sprachlich im wesentlichen territorial gegliedert waren, während jetzt die Czechen ihre nationalen Minoritäten in nationalen Gewerkschaften sammeln und daher überall den gemeinsamen wirtschaftlichen Kampf in derselben Fabrik, im selben Orte, in der gleichen Industrie erschweren oder unmöglich machen. So wurde der Gegensatz zwischen deutschen und czechischen Sozialdemokraten zu einem Kampfe zwischen dem richtig verstandenen nationalen Gedanken, der in der territorial begrenzten Nation eine Teilorganisation der Internationale erblicken muß, und jener nationalen Ueberspannung, die wir auch anderwärts kennen gelernt haben. Der deutschen Sozialdemokratie aber mußte es an diesen Vorgängen deutlich werden, daß auch für den täglichen wirtschaftlichen Kampf die territorial-nationale Organisation unbedingt nötig ist und daß es ferner nötig ist, die nationalen Fragen nicht als ἀδιάρρητα zu behandeln, sondern daß der deutsche sozialdemokratische Arbeiter bei aller internationaler Gesinnung gezwungen ist, zu den nationalen Fragen Stellung zu nehmen, wenn auch sicherlich nicht im chauvinistischen Sinne.

Schon aus dem Bisherigen ergibt sich, daß man sehr deutlich zwischen einer wirklich nationalen Politik, die sich innerhalb der Grenzen der historischen Gegebenheiten hält, und zwischen jener anderen Politik unterscheiden muß, welche bewußt oder unbewußt unter dem Vorwande nationaler Bestrebungen ganz andere Politik treibt und die ich am liebsten, im Gegensatz zur nationalen Politik, als n a t i o n a l i s t i s c h bezeichnen möchte.

Man kann diese Politik entweder als eine Ausartung der nationalen, oder aber auch als ein Rudiment der dieser entgegengesetzten imperialistischen Politik betrachten, oder auch überhaupt jener Machtpolitik, welche in gewissen Formen für das Mittelalter und in anderen Formen für die Machtpolitik des 16.—18. Jahrhunderts charakteristisch war. Sie geht, um mich der Worte Stampfers ¹⁾ zu bedienen, von dem Vorurteil aus, »als ob der Wohlstand der Bevölkerung (bzw. der leitenden Kreise) in geradem Verhältnis zu der Anzahl der Quadratkilometer stände, die das Staatsgebiet umfaßt. Diese Vorstellung entspringt dem Wunsche der herrschenden und ausbeutenden Klassen, ihr eigenes Herrschaftsgebiet möglichst zu erweitern, sie steht aber im Widerspruch zu aller Erfahrung«. In der Tat steht sie nicht nur mit den natürlichen Voraussetzungen im Widerspruch, die für die wirklich nationale Politik nachgewiesen wurden, sondern auch mit der geschichtlichen Entwicklung der nationalen Idee; denn diese ist historisch aus dem Widerstande gegen Macht- und Herrschaftsgelüste geboren. In Frankreich aus dem Geiste der Revolution, in Deutschland aus dem Befreiungskriege gegen das Imperium Napoleons I. Sie entwickelte sich im Oriente als Erhebung gegen den türkischen Machtstaat und in Italien als Widerstand gegen die österreichische und bourbonische Herrschaft. Sie war zugleich stets auf das engste verknüpft mit der demokratischen Bewegung. Mazzini und das junge Europa haben nicht von der Herrschaft und Ausbreitung einer Nation über andere geträumt, sondern faßten die nationale Gliederung als die natürliche Organisation des friedlichen Weltbundes aller Staaten auf. Insoferne ist in der Tat — und dies bemerke ich gegen Meinecke — die weltbürgerliche Idee nicht eine schlackenhafte Beimischung, sondern eine notwendige Ergänzung zur nationalen Idee. Die entgegengesetzte Auffassung geht unwillkürlich von der merkantilistischen Auffassung eines autarken Staatswesens aus, die wohl den Verhältnissen des 17., nicht aber den weltwirtschaftlichen und arbeitsteiligen Verhältnissen unseres Jahrhunderts entspricht. Es ist aber durch die Wandlung der Stellung der Bourgeoisie innerhalb des Staates, aus ihrer Entwicklung vom aufstrebenden zum herrschenden Stande durchaus erklärlich, daß sie die nationale Idee ihrerseits

¹⁾ F. Stampfer »Grundbegriffe der Politik«, 1910, S. 261.

durch Vermengung mit den rudimentären Ideen des autarken Staates zur nationalistischen umgebildet hat, während es heute im wesentlichen der aufstrebende 4. Stand sein muß, der der Träger der nationalen Idee in seiner reinen Form ist. Die nationalistische Idee ist aber auch in ihren schärfsten Konsequenzen wissenschaftlich überhaupt nicht erfaßbar, denn es fehlt ihr, was die Vorbedingung hiezu ist, die allgemeine Gültigkeit. Denn die Nationalisten der verschiedenen Nationen verlangen zwar formell dasselbe, aber ein jeder nur für sich und derart, daß er die anderen ausschließt. Nicht mit Unrecht hat ein deutschnationaler Schriftsteller, der diese Theorie vertritt, sie als Kampftheorie einer sogenannten Vertragstheorie entgegengesetzt. »Allerdings«, — so sagt er — »nach jedem Kampfe muß Friede eintreten, doch nicht als das an sich ersehnte Ziel des Kampfes, sondern nur um neue Kraft zu neuem Kampfe, zur neuen Fortentwicklung zu schöpfen«¹⁾.

Die von der österreichischen Sozialdemokratie als Programmpunkt aufgestellte Autonomie der Nationen erscheint ihm daher als etwas Schwankendes, Vorübergehendes, eine dauernde Abgrenzung zwischen den Nationen gar nicht als wünschenswert, sondern als »kleinlicher Partei-Internationalismus«. Derartige Gedankengänge finden sich keineswegs nur in Parteischriften, und wenn sie auch nicht in allen Konsequenzen ausgesponnen werden, liegt derselbe Gedankengang eigentlich auch dem sonst so interessanten Buche von Meinecke zugrunde. Meinecke führt seine Gedanken insbesondere in einer Auseinandersetzung mit Fichtes Ausführungen durch. Fichte sagt in seinem Aufsatz über Machiavelli: »Ueberall will jede Nation das ihr eigentümliche Gute soweit verbreiten, als sie irgend kann, und soviel an ihr liegt, das ganze Menschengeschlecht sich einverleiben, zufolge eines von Gott den Menschen eingepflanzten Triebes, auf welchem die Gemeinschaft der Völker, ihre gegenseitige Reibung an einander und ihre Fortbildung beruht.« Hiezu bemerkt Meinecke: »Das ist eines der bedeutendsten und tiefsten Worte aus dieser Zeit, es bringt das Wesen der alten staatlichen Machtkämpfe und der neuen nationalen Volkstrieb in Harmonie mit den weltbürgerlichen und universalistischen Idealen des bisherigen deut-

¹⁾ K. Reinold, »Die österr. Sozialdemokratie und der Nationalismus« 1910, S. 42.

schen Geistes. Von hier aus eröffnet sich eine Perspektive unmittelbar hinüber zu der Rankeschen Geschichtsauffassung. Der entscheidende Schritt war hier getan, der Machttrieb des Staates als natürlicher und heilsamer Lebenstrieb anerkannt und in den Zusammenhang einer sittlichen Weltanschauung gestellt«¹⁾.

Die bekannte Auffassung, die Fichte dann in seinen »Reden an die deutsche Nation« vertritt, muß Meinecke als ein Rückschritt erscheinen, obwohl doch gerade hier, wie man meinen sollte, die nationalen Ideale weit schärfer formuliert werden. Was Meinecke aber als Bismarcks, Rankes und seine eigene nationale Auffassung darstellt, faßt er wohl am deutlichsten in den Worten zusammen: »Zum Wesen des Machtstaates gehört die lebendige Bewegung nach außen hin, Berührung mit den Nachbarn in Freundschaft oder Feindschaft und eine gewisse Pleonexie«²⁾.

Auch das ist Kampftheorie, auch das ist die Theorie des Machtstaates und nicht des nationalen Staates. Und diese Auffassung hat offenbar bei Meinecke wie bei vielen anderen auf ihre Auffassung des deutschen Problems zurückgewirkt, so daß sie scheinbar gar nicht zum Bewußtsein kommen, daß die von ihnen als definitiv betrachtete Bismarcksche Lösung des deutschen Problems doch weit mehr eine Lösung vom Standpunkte des preußischen Machtstaates, den Meinecke, freilich in falscher Terminologie, auch schon als einen nationalen Staat betrachtet, als eine Lösung vom nationalen Standpunkte aus ist. Andererseits führen diese Theorien in einem Staate wie Oesterreich naturgemäß zu den verkehrtesten und in sich unkonsequentesten Lösungsversuchen. Denn während vom nationalen Standpunkte aus die nationalen Parteien in Oesterreich eine Aufteilung Oesterreichs in nationale Territorien verlangen müßten, und zum Teil auch verlangt haben, führt sie ihre nationalistische und machstaatliche Betrachtungsweise immer noch zu dem Wunsche, die fremdsprachlichen Territorien zu germanisieren bzw. zu slavisieren, obwohl eigentlich niemand mehr an eine solche Möglichkeit glaubt, andererseits zu dem Wunsche, den Staat selbst zu beherrschen, d. h. sowohl seine deutschen als seine slavischen

¹⁾ Meinecke a. a. O. S. 98.

²⁾ A. a. O. S. 105.

Territorien straff zu vereinigen. Daß die deutsch-bürgerlichen Parteien in Oesterreich sowohl zentralistisch als auch national sein wollen, enthält einen inneren Widerspruch, der in ihrem politischen Verhalten und in ihren politischen Schwankungen deutlich zum Ausdrucke kommt. Halb Irredentisten, halb Staatspartei, kommen sie nicht selten so weit, daß sie auch die Träger einer äußeren Politik werden, welche nur imperialistisch genannt werden kann, weil sie dahin gerichtet ist, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen, ja sogar ohne Rücksicht darauf, daß durch einen Erfolg dieser Politik das Gewicht der fremden Nationen im Staate vermehrt würde, das Territorium des Staates um jeden Preis zu vergrößern.

Vollends im Gegensatze zu unseren Betrachtungen, aber auch, wie man wohl sagen kann, zu irgendwelcher andern unbefangenen wissenschaftlichen Betrachtungsweise steht die heute noch gebräuchliche äußere Politik unserer Diplomaten. Wer hätte schon gehört, daß ein Diplomat auf historische Tendenzen Rücksicht nimmt? Oder daß die europäischen Regierungen bei der Behandlung der orientalischen Wirren sich die ihnen offenbar irrelevant erscheinende Frage gestellt hätten, ob die Bestrebungen der Balkanvölker nach nationaler Einheit in der Richtung der historischen Entwicklung liegen? Diese offizielle Politik ist im wesentlichen noch die Metternichs: das Prinzip der Intervention gegen historische Tendenzen — ausgehend von den scheinbaren oder wirklichen momentanen Machtinteressen des einzelnen Staates; ihr Mittel ist diplomatische List, ihr Zweck Uebervorteilung; sie ist nicht national, sondern nationalistisch; man könnte sagen, sie ist rein privatwirtschaftlich, anarchistisch. Denn sie schließt die Berücksichtigung der Gesamtentwicklung aus. Sie ist aber deshalb auch auf die Dauer absolut unwirksam, da sie nicht von den Gegebenheiten, d. i. von den historischen Entwicklungstendenzen ausgeht, sondern sogar jeden derartigen Hinweis als utopistisch verlacht. Wenn auch ein genialer Staatsmann mitunter instinktiv die Schranken der zünftigen Diplomaten-Routine überspringt, so ist doch das Charakteristische für unsere äußere Politik das ahnungslose Durchtappen und Intriguieren; die naive Empirie, die etwa dem primitiven Handwerke im Gegensatze zur entwickelten bewußten Technik eigentümlich ist. Sie entspricht einer längst überwundenen Stufe historischer Erkenntnis, die das Wesen und die Triebfedern

des historischen Werdens in den Intriguen der einzelnen zufällig zum äußeren Handeln berufenen Persönlichkeiten und nicht in den Massenbewegungen erblickte. Inwieweit dies auf die Struktur des aristokratisch-kapitalistischen Staates zurückgeht, dies zu untersuchen ist hier nicht der Ort — wohl aber zu konstatieren, daß die offizielle Politik sich im Gegensatze befindet zu allem, was soziologische Wissenschaft genannt werden kann.
